
Von den Gründungsaufrufen 1945 zu den Grundsatzprogrammen 1978 und 1994

Zur Programmgeschichte der CDU

Rudolf Uertz

Die Programmatik der CDU stellt eine Besonderheit im deutschen Parteiwesen dar. Der Grund ist ihre weltanschauliche Ausrichtung in der pluralistischen Gesellschaft und im religiös neutralen Staat. CDU und CSU sind 1945 Neugründungen. Dagegen knüpft die SPD nach 1945 an ihren Traditionsresten von vor 1933 an (gültig blieb bis 1959 das Heidelberger Programm von 1925). In den christlich-demokratischen Gründerkreisen wollte man von der katholischen Zentrumspartei (bis 1933), die praktisch auf die katholische Wählerschaft begrenzt war, entschieden Abstand nehmen. Die Konfessionspartei alten Stils hatte sich überlebt. Das Novum der CDU ist zum einen ihre *interkonfessionelle Ausrichtung* – eine Folge der unter dem Nationalsozialismus gemeinsam erlittenen Verfolgung von evangelischen und katholischen Geistlichen und Laien aufgrund ihrer religiösen Wertüberzeugungen. Die zweite Besonderheit der Partei ist ihre *Ausrichtung als Volkspartei*. Die Union von Katholiken und Protestanten wollte alle Schichten des Volkes ansprechen, die Kluft zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum überwinden und die Zerrissenheit der in der Weimarer Republik zersplitterten Demokraten überwinden.

Programme der Gründungsphase

Die ersten Programme der Partei sind Gründungsaufrufe und Notprogramme, geprägt von den Erfahrungen von Krieg und Elend, von den Verbrechen und der Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus und dem Willen, einen Neuanfang zu machen. In den *Kölner Leitsätzen* vom Juni 1945, *Ein Ruf zur Sammlung des deutschen Volkes*, die die Gründung weiterer christlich-demokratischer Parteigruppierungen im Rheinland und in Westfalen beeinflussten, heißt es: „Der Nationalsozialismus hat Deutschland in ein Unglück gestürzt, das in seiner langen Geschichte ohne Beispiel ist. Er bedeckte den deutschen Namen vor aller Welt mit Schmach und Schande. Nie wäre dies alles über uns gekommen, wenn nicht weite Kreise unseres Volkes von einem habgierigen Materialismus sich hätten leiten lassen. So erlagen allzu viele der nationalsozialistischen Demagogie, die jedem Deutschen ein Paradies auf Erden versprach. ... Was uns in dieser Stunde der Not allein noch retten kann, ist eine ehrliche Besinnung auf die christlichen und abendländischen Lebenswerte, die einst das deutsche Volk beherrschten und es groß und angesehen machten unter den Völkern Europas. ... Ein freies Volk soll wiedererstehen, dessen Grundgesetz die Achtung menschlicher Würde ist.“

Ähnlich heißt es im *Berliner Gründungsaufruf* vom Juni 1945: „Das furchtbare Ausmaß von Unrecht, das die Hitlerzeit gebracht hat, verpflichtet, die Schuldigen und ihre Helfershelfer unnachsichtig, in strenger Gerechtigkeit, jedoch ohne Rachsucht, zur Rechenschaft zu ziehen. An die Stelle des Zerrbildes einer staatlichen Gemeinschaft in der Hitlerzeit soll jetzt der wahrhaft demokratische Staat treten, der auf der Pflicht des Volkes zu Treue, Opfer und Dienst am Gemeinwohl ebenso ruht wie auf der Achtung vor dem Recht der Persönlichkeit, ihrer Ehre, Freiheit und Menschenwürde. Das Recht muß wieder die Grundlage des

Deutsches Volk!

In der schwersten Katastrophe, die je über ein Land gekommen ist, ruft die Partei

Christlich - Demokratische Union Deutschlands

mit heiliger Liebe zum deutschen Volk die **christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte zur Sammlung**, zur Mitarbeit und zum Aufbau einer neuen Heimat. Aus dem Chaos von Schuld und Schande, in das uns die Vergeltung eines verbrecherischen Abenteuers gestürzt hat, kann eine Erlösung in demokratischer Freiheit nur bestehen, wenn wir uns auf die kühnsten und höchsten sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums berufen und die Kraftquelle unseres Volkes immer mehr erschließen.

Umsofort schwer ist unsere Aufgabe. Nach 12 Jahren mußte die politische Führung Ungenug des staatlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens aus dem gefährlichen Zusammenbruch. Unzerstörte Stütze und Hüter, Fabriken, Werkstätten, Fieber und Wälder blieben als Grundlage für einen allmählichen Aufbau des Volkes erhalten.

Heute aber stehen wir vor einer kühnen Erbschaft, vor einem

Trümmerhaufen sittlicher und materieller Werte.

Dieses Mal trieb ein gewaltiger Sturm mit seinem Anhang einen Krieg ausbreiten Krieg bis zu letztem Ausbluten unseres Volkes. Hölzer ließ das Land in Schutt und Verfall zurück. Mit verlogenen rassistischen Phrasen und heulen Propagandaverlogen hat er das eigene Volk und andere Völker getötet und den Idealismus unserer Jugend schändlich mißhandelt. So mußte diese Jugend, die im guten Glauben für ihr Vaterland kämpfte, das Opfer einer schmerzlichen Führung werden. Grund ist die Schuld vieler Kräfte unseres Volkes, die sich nur allzu bereitwillig zu Handlungen und Betrugsbekämpfen für Hitler erließen. Jede Schuld verlangt Sühne. Mit dem Schuldablöschen bietet auch die große Zahl der Deutschen, die ihren Schuld erlöschen. Sie verneinen sich gegen Gewalt und Terror nicht durchzusetzen. **Kämpfer echter demokratischer Gewissen** evangelische und katholische Christen, zahllose jüdische Makler, Misaner und Frauen aus allen Schichten des Volkes kann und werden unter diesem Terror. Im Geiste ihres Verstandes, geben durch die gleiche Liebe zu unserem Volke erkennen wir unsere Pflicht, mit diesem Volke den Weg der Sühne

den Weg der Wiedergeburt

zu geben.

Das kirchliche Ansehen von Unrecht, das die Hölzerkeit gebracht hat, verpflichtet die Schuldigen und ihre Helfershelfer unerschöpflich, in strenger Gerechtigkeit, jedoch ohne Rache, zur Rechenschaft zu ziehen. An die Stelle des Zustandes einer staatlichen Gemeinschaft in der Heiligkeit soll jetzt der **wahrhaft demokratische Staat** treten, der auf der Pflicht des Volkes zu Treue, Opfer und Dienst am Gemeinwohl ruht wie auf der Achtung vor dem Recht der Freiheit, ihrer Ehre, Freiheit und Menschenwürde.

Das Recht muß wieder die Grundlage des ganzen öffentlichen Lebens werden. An Stelle der Lüge: „Recht ist, was dem Volke nutzt“, muß die ewige Wahrheit treten: „**Recht ist, was Recht hat**“. Die Unablässigkeit und der gewissenhafte Gang des Rechtsweges sind wieder herzustellen. Der Rat nach gewissen Ratenaufgibt wie ein einziger Schritt durch das ganze deutsche Volk. Jede Weiche ist ausgeschlossen. Eine Entgegnung mit ihrem Terror darf es nicht wieder geben. Das öffentliche Leben muß in strenger Verantwortung und Selbstverwaltung, kontinuierlich und ehrenvoller Mitarbeit aufgebaut werden. Die Volkserziehung soll die **berühmte und verantwortliche Verantwortung** aller die **Demokratie** beherrschenden Parteien und alle aufbauenden Kräfte vorwärtigen.

Wir fordern ein öffentliches Leben, das sich **frei hilft vom Lüge, Massenwahn und Massenverlogenheit** und eine verantwortungsvolle Presse mit dem Willen zur Wahrheit als oberstem Gesetz. Wir verlangen geistige und religiöse **Gewissensfreiheit**, Unablässigkeit aller kirchlichen Gemeinschaften und eine klare Schreibung der kirchlichen und staatlichen Aufgaben.

Das Recht der Eltern auf die Erziehung der Kinder muß gewahrt werden, die Jugend in Ehrlichkeit vor Gott, vor Ahr und Erfahrung erziehen werden. Der von der Kirche geleitete Religionsunterricht ist Bestandteil der Erziehung. Durch die **verpflichteten Lehren des Katechismus** und der **Volkserziehung** hat Hitler seine Töchter der Jugend verführt. Sie muß wieder zur Erkenntnis wider sittlichen Werte geführt werden. Wissenschaft und Kunst sollen sich frei entfalten und die **Lehren unserer Humanität**, deren deutscher Kinder des ganzen Menschheit gehören, sollen den **sittlichen Wiederaufbau** unseres Volkes tragen helfen.

Das unerschöpfliche Elend in unserem Volke zwingt uns, dem Aufbau unseres Wirtschaftslebens die **Sicherung von Arbeit und Nahrung, Kleidung und Wohnung** ohne jede Rücksicht auf persönliche Interessen und wirtschaftliche Theorien in **sozialer Planung** durchzuführen. Das

Berliner Gründungsaufwurf, 26. Juni 1945

Notprogramm für Brot, Obdach und Arbeit

geht alles daran. Dabei ist es unerlässlich, schon von hier ab alle Zentren der Staatsgewalt vor Begriffen und Erfolgen wirtschaftlicher Maßnahmen zurückzuführen zu veranlassen, daß die Schlüsselstellen in Staat und Wirtschaft in die Hände der Bauern und anderer sozialproduzierender Schichten übergehen können. Wirtschaftliches Wohlbefinden ist der Staatsgewalt unterworfen werden.

Wir bejahen das **Privatigentum**, das die Existenz der Freiheitlichkeit sichert, aber an die Verantwortung für die Allgemeinheit gebunden bleibt.

Industrie, Handel und Gewerbe sind an entscheidender Mitarbeit am Wiederaufbau berufen und deshalb planmäßig zu fördern. Wir fordern volles Schutz und Ausbaugleichheit für das **selbständige Handwerk**, das nach Zurückführung vieler industrieller Unternehmungen vor einer neuen, großen Aufgabe steht.

Eine umfassende **ländliche und gläserne Siedlung** muß einer weitgehenden Heranziehung des Grundbesitzes einer möglichst großen Zahl von Deutschen dem Zugang zu eigener Scholle und zu selbständiger Arbeit eröffnen. Die wirtschaftliche Sicherung eines fruchtbarsten Baugrundes und die Ausweitung der Landkultur sind ein unverzichtbarer Bestandteil jeder dauerhaften Aufbaupolitik und verlangen den stärksten Ausbau des ländlichen Grundbesitzes.

Das christliche und demokratische Lebensgestirn in Staat und Gesellschaft entspricht der freien Zusammenfassung aller Schaffenden. Wir begrüßen daher die **christliche Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter und Angestellten** zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Rechte. Wir erkennen die Kraft an, die von der Arbeiterschaft in das Volkstum einströmt.

Wir sind uns der Verantwortung für die Notleidenden und Schwachen, für die Kriegspferde, die Opfer des Heldentums und für die Versorgungsberechtigten bewußt.

Eine charakteristische Arbeit muß sich ungehindert entfalten können. Wir sagen den **Männern und berufstätigen Frauen**, daß alles geschehen wird, was das volle Heldentum ihres inneren schweizer gewollenen Abtugs schnell zu erleichtern. Für

die Beziehungen zu anderen Völkern

wünschen wir die Geltung der gleichen Grundsätze der **Freiheit und Gerechtigkeit** wie für unser persönliches und innerstaatliches Leben. Loyale Erfüllung unserer Verpflichtungen aus dem verlorenen Krieg und die äußerste Anspannung unserer Widerstandskraft sollen die Grundlagen für die Aufhebung eines verunsichernden Zusammenbruchs mit den anderen Völkern geben. Wir hoffen dabei auf die Verständlichkeit der Besatzungsmächte für die gerechtere Forderung des deutschen Volkes und auf ihre sachliche Hilfe, die deutsche Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Erhalten stehen wir an den fischen Gütern unserer Väter. Wir vertragen unsere **Kriegsgefangenen** nicht. Auf den Trümmern unserer Häuser, unserer Dörfer und Städte gedenken wir in menschlicher und christlicher Verbundenheit der gleichen Opfer der Völker an uns. Und wir gedenken, alles bis zum letzten auszunutzen, was dieses ungeheure Beispiel und dieses namenlose Elend verschuldet hat, und nichts zu erlassen, was die Menschheit künftig vor einer solchen Katastrophe bewahrt.

Deutsche Männer und Frauen!

Wir rufen euch auf, alles Trennende zurücktreten zu lassen. Folgt unserem

Ruf zu einer großen Partei

die mit den anderen Parteien der neuen Demokratie gemeinsam am Aufbau Deutschlands arbeiten will.

Wir rufen die Jugend, die durch den Krieg und Zusammenbruch schwer getrotten, vor allem zur Gestaltung der Zukunft mitverantwortlich ist.

Wir rufen die Frauen und Männer, deren leidgeprüfte Kraft für die Rettung unseres Volkes nicht erlahmt werden kann.

Wir rufen alle, die sich zu uns und unserem Aufbauwillen bekennen. Voll Gattvertrauen wollen wir unseren Kindern und Enkeln eine glückliche Zukunft erschließen.

Berlin, den 26. Juni 1945.

Andreas Hermes

Heinrich F. Albert
Hans von Arnim
Eduard Bernoth
Theodor Bohmer
Emil Dewitst
Margarete Ehlert
Josef Erving
Johann Feddenbach
Ferdinand Friedensburg
Willy Fuchs
Otto-Heinrich
von der Gableutz

Wilhelm Hopp
Peter Hansen
Artur Henzog
Ernst Hülse
Paulus von Huzen
Jakob Kaiser
Heinrich Krone
Ernst Lemmer
Otto Lentz
Hans Lukaschek
Reinhard Mosler
Katharina Müller

Elfriede Nebgan
Otto Nuschke
Rudolf Pechal
Eberhard Flews
Ferdinand Souerbruch
Walter Schreiber
Marin Schwab
Hildegard Stahle
Theodor Steiner
Heinrich Vogel
Graf York
von Wartenburg

Mit der Reichsgeschäftsstelle der „Christlich-Demokratischen Union Deutschlands“,
Berlin W 8, Bismarckstr. 30-60.

Nisches Geschäfte- und Meldebüro

ganzen öffentlichen Lebens werden.“ Und die *Frankfurter Leitsätze* vom September 1945 proklamieren: „Wir wollen ein neues Deutschland.“ Ein politischer Systemwechsel genüge hierfür nicht; nur ein „grundsätzlich neuer Anfang“ könne dies bewerkstelligen durch „Besinnung auf die Werte des Christentums“, wie es in einem der frühen Aufrufe für die Christlich-Demokratische Partei in Dortmund hieß. Berlin, Frankfurt und Köln waren politisch und programmatisch die wichtigsten Gründerkreise.

Die CDU trat als Weltanschauungspartei ins Leben. Nur auf einer festen sittlichen und religiösen Basis konnte ein Neuanfang erfolgen. Die Partei basierte genau auf den Werten, die der nationalsozialistische Staat verneinte. Bereits der Name der Partei ist Programm: Die Bezeichnung *christlich-demokratisch* bzw. *christliche Demokratie* zeigt die ideenpolitische Tradition, in der das neue Gebilde stehen wollte.

Die politiktheoretische Charakterisierung der CDU hat – nicht zuletzt infolge ihrer christlichen Konnotation und Programmatik – Politikwissenschaftlern und Historikern immer wieder Schwierigkeiten bereitet: Die CDU versteht sich als politische und säkulare Partei, aber ihr christliches Wertfundament, das „C“, hat auch Wurzeln im Religiösen. Es will Christen der beiden Kirchen ansprechen, aber ebenso auch Nicht-Christen und Vertreter anderer Religionen. Um den Neuheitscharakter der Partei besser zum Ausdruck zu bringen wählte man den Begriff *Union* – eine Bezeichnung, die im deutschen Parteileben einmalig ist. Der Begriff soll den besonderen Charakter, den konfessionellen und sozialen Zusammenschluß kenntlich machen; er steht für die „Union der christlichen und demokratischen Gruppen“, die „Union der Stände und Berufe“, die „Union der Klassen und Schichten“, die „Union aller Kreise im Geiste einer neuen allumfassenden Volkspartei ... als eine innere Aufgabe und Verpflichtung“ (G. Schulz, S. 54).

Politik und Programmgestaltung waren in den ersten Jahren Sache der Landesverbände, die zunächst in einem Interzonenverbindungsausschuß, von 1946 bis 1950 in der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU lose zusammengeschlossen waren. Erst auf dem 1. Parteitag in Goslar vom 20. bis 21. Oktober 1950 wurde die CDU-Bundespartei gegründet. Im Jahr zuvor hatte sie unter der Führung von Bundeskanzler Konrad Adenauer (1949–1963) die erste Regierung der Bundesrepublik Deutschland gebildet, nachdem CDU und CSU aus der ersten Bundestagswahl mit knappem Vorsprung vor der SPD gemeinsam als stärkste Parteien hervorgegangen waren. In den Bundestagswahlkampf war die CDU mit den *Düsseldorfer Leitsätzen* vom 15. Juli 1949 gezogen. Diese Leitsätze, die das Programm der *Sozialen Marktwirtschaft* verkünden und die Prinzipien für die neue Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland beinhalten, sind das erfolgreichste Parteiprogramm in Deutschland. Aber dieses Manifest, das mit seiner sozialökonomischen Konzeption weit mehr als ein Wahlprogramm darstellt, enthält keinen grundsatzpolitischen Teil.

Christlicher Personalismus

Es war die Leistung Adenauers, die heterogenen Persönlichkeiten und Gruppen innerhalb der CDU zusammengeführt und in einer konsistenten Programmatik die wichtigsten Grundsätze und Ziele für den Neuaufbau vermittelt zu haben. Das von Adenauer entworfene *Programm der CDU für die britische Zone* vom 1. März 1946 galt offiziell nur für die Zonenpartei, doch wegen der Dominanz ihres Vorsitzenden stellt dieses Programm – zusammen mit den programmatischen Reden Adenauers in den Jahren 1946 bis 1949 – die wichtigsten Grund- und Leitsätze für die Politik der CDU insgesamt und den staatlichen und gesellschaftlichen Neuaufbau dar.

Die ethisch-normativen Grundlagen der CDU sind die *christliche Weltauffassung* und die *Grundsätze christlicher Ethik und Kultur*. Die christliche Weltanschauung und das christliche Menschenbild versteht Konrad Adenauer in seiner Programmatik als radikale Verneinung von Materialismus und Totalitarismus, deren Wurzeln weit zurückreichen in das vergangene Jahrhundert. Unverkennbar stellen die Programme der Christlichen Demokratie nach 1945 den Persongedanken in den Vordergrund, näherhin die Verantwortung und die unveräußerlichen Rechte des einzelnen, an denen die Macht des Staates ihre Grenzen findet, sowie das Recht auf individuelle politische und religiöse Freiheit, ferner die Sicherung der wirtschaftlichen und politischen Freiheit. Dieser Liberalisierungsschub mit der Betonung der Bedeutung der Einzelperson in Staat und Gesellschaft ist Folge der negativen Erfahrungen mit dem nationalsozialistischen, kommunistischen, faschistischen und autoritären Kollektivismus. Die christlich-personalen Ideen sind ein Gegengewicht gegen die Sozialisierung des Individuums im Namen des Volkes, der Partei, der Nation, der Klasse oder anderer totalitärer Ideologien (H.-P. Schwarz, S. 82 ff.).

Die Personalisierung und Liberalisierung der Programmatik der Christlichen Demokratie, die neben den Grundsätzen der katholischen Anthropologie und Gewissenslehre auch durch den Argumentationsstil der evangelischen Ethik (u. a. die Verantwortungsethik) wesentlich mitgeprägt wurde, beinhaltet eine deutliche Unterscheidung zwischen dem Betätigungsfeld des Christen und Bürgers in Familie, Gesellschaft und Politik einerseits und den glaubensmäßig-kirchlichen Bindungen andererseits. Die Grundlage des christlichen Politikbegriffs ist demnach die Verantwortung des einzelnen, der jedoch nicht als isoliertes Individuum verstanden wird, sondern im sozialen Kontext von Familie, Gesellschaft und Staat steht. Das „Christliche“ in der Parteiprogrammatik bezieht sich folglich über den religiös-

glaubensmäßigen Bereich hinaus auf die kulturellen und geschichtlichen Bedingungen menschlichen Handelns. Aufgrund dieser Differenzierung zwischen theologisch-kirchlichem Bereich und dem Christentum als sozialethisch-kulturellem Ideenspektrum vermag die Christliche Demokratie auch die nicht dezidiert christlichen und kirchlich ungebundenen Bürger anzusprechen. Interkonfessionalität, Volksparteiidee und christlicher Personalismus waren die Voraussetzungen dafür, daß die Union im Bund und in verschiedenen Ländern mehrheitsfähig werden und die Regierungsverantwortung übernehmen konnte.

Das Ahlener Programm 1947

Die Programme der Frühzeit zeigen ein Ringen vor allem um den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Kurs der Partei. Im Zentrum stand die „Anerkennung der grundlegenden Bedeutung der Familie für Volk und Staat“, Neuaufbau von Staat und Wirtschaft, der Minderheitenschutz, die Rückkehr zu den Grundlagen der christlich-abendländischen Kultur und europäischen Tradition, die besondere Sorge für Schule, Erziehung und Begabtenförderung, Schutz der christlichen Kirchen und der Religionsgemeinschaften, Zusammenarbeit der christlichen Bekenntnisse unter voller Wahrung ihrer Selbständigkeit sowie die Frage der Solidarität, der sozialen Sicherung und des Gerechtigkeitsprinzips, das es angesichts der Mangelbewirtschaftung, der desolaten Versorgungslage und der physischen und psychischen Kriegsschäden neu zu definieren galt. Eine ertragreiche Wirtschaft mit wohlfahrtsstaatlichen Leistungen war noch jenseits jeder Vorstellung (H. Pütz, S. 131 ff.).

Einen besonderen Einfluß erlangte in den ersten Jahren die christliche Sozialethik, die sich insbesondere im *Ahlener Wirtschafts- und Sozialprogramm* der CDU der britischen Zone vom Februar 1947 niederschlug. Es zählt zu

den bekanntesten Manifesten in Deutschland. Das Programm hatte äußerst schwierigen Anforderungen zu genügen. Es sollte zum einen die Unterschiede zum demokratischen Sozialismus der SPD markieren, zum anderen sollte es die verschiedensten Gruppierungen der sich seinerzeit konstituierenden Arbeitnehmer in den Sozialausschüssen der CDU integrieren und den Führungsanspruch der Berliner CDU abwehren. Nicht zuletzt aber sollte das Programm auch den Sozialisierungsplänen der britischen Besatzungsmacht entgegentreten. Schließlich benötigte die Partei für die Landtagswahlen am 20. April 1947 im bevölkerungs- und industriereichsten Land Nordrhein-Westfalen sowie in den anderen Ländern der britischen Zone ein geeignetes Wahlprogramm (K. Gotto, S. 21 ff).

Diese Intentionen erklären die Ambivalenz des Manifests, das einen Mittelweg zwischen sozial ungebundenem Kapitalismus und sozialistischem Kollektivismus beschreitet. In der Präambel heißt es: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert“ (P. Hintze, S. 15 ff.).

Das Programm versuchte Privateigentumsgarantie, Eigenverantwortlichkeit und Privatinitiative sowie Mittelförderung mit einer nicht näher definierten staatlichen und gesellschaftlichen Kontrolle zu verbinden. Die

zentralen Grundwerte entnahm das Manifest dem Programm der CDU der britischen Zone von 1946. So heißt es in der Präambel: „Freiheit der Person auf wirtschaftlichem und Freiheit auf politischem Gebiet hängen eng zusammen. Die Gestaltung und Führung der Wirtschaft darf dem einzelnen nicht die Freiheit seiner Person nehmen.“

Im Zuge der Wiederherstellung der Staatlichkeit und der Vorbereitungen zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurde am 20. Juni 1948 in den drei westlichen Besatzungszonen, die in Frankfurt eine eigene Verwaltung besaßen, eine Währungsreform durchgeführt. Ludwig Erhard, Direktor der zonalen Wirtschaftsverwaltung, hatte vier Tage später mit dem Leitsätze-gesetz die Zwangsbewirtschaftung und Preisbindung in den wichtigsten Bereichen aufgehoben und damit den Grundstock für die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft als Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik gelegt.

Die Düsseldorfer Leitsätze 1949

Angesichts der Leistungen, die die neue Wirtschaftsordnung schon kurze Zeit nach ihrer Einführung erbrachte, hatte Konrad Adenauer im Juni 1948 Ludwig Erhard als Wirtschaftsberater der CDU der britischen Zone herangezogen, der mit seinen wirtschaftspolitischen Grundsätzen fortan den ordnungspolitischen Kurs der CDU und – seit 1949 als Wirtschaftsminister – den der Bundesrepublik Deutschland bestimmte. Ergänzt wurde der wirtschaftspolitische Teil durch die Leitsätze für Sozialpolitik, Landwirtschaft und Wohnungsbau, die zusammen die *Düsseldorfer Leitsätze* bilden. Angesichts der bereits erkennbaren Erfolge konnte das Programm auf die praktischen Wirkungen der Sozialen Marktwirtschaft verweisen. In der Präambel heißt es:

„Das wirtschaftliche und soziale Leben des deutschen Volkes ging nach dem Kriege immer mehr einem Zustand

völliger Auflösung entgegen. ... *Der 20. Juni 1948 brachte den Umschwung.* Die von der CDU vertretene Wirtschaftspolitik führte zu einer wirtschaftspolitischen Wende. ... Nach langen Jahren bitterster Entbehrung konnte erstmalig wieder dringendster Bedarf gedeckt werden. Die Läden füllten sich, Mut, Kraft und Energie wurden entfacht und das ganze Volk aus dem Zustand der Lethargie gerissen. Die Währungsreform allein hat diesen Umschwung nicht herbeigeführt. Sie schaffte die technischen Voraussetzungen. Der wesentlichste Impuls aber kam aus der Inkraftsetzung marktwirtschaftlicher Grundsätze. Diese marktwirtschaftlichen Grundsätze wurden durch die von der CDU vertretene ‚soziale Marktwirtschaft‘ am 20. Juni 1948 zur Grundlage der deutschen Wirtschaftspolitik gemacht.“

Und weiter heißt es: „Nachdem die Kritiker durch die Entwicklung der Ereignisse widerlegt worden sind, melden sie sich erneut mit dem Vorwurf, unsere Wirtschaftspolitik führe zurück zu kapitalistischen Formen und zu altem Liberalismus unsozialer, monopolistischer Prägung. Nichts liegt der CDU ferner als ein solcher Weg. Aufbauend auf dem Ahlener Programm erstrebt sie die soziale Marktwirtschaft. ... Die ‚soziale Marktwirtschaft‘ ist die sozial gebundene Verfassung der gewerblichen Wirtschaft, in der die Leistung freier und tüchtiger Menschen in eine Ordnung gebracht wird, die ein Höchstmaß von wirtschaftlichem Nutzen und sozialer Gerechtigkeit für alle erbringt. Diese Ordnung wird geschaffen durch Freiheit und Bindung, die in der ‚sozialen Marktwirtschaft‘ durch echten Leistungswettbewerb und unabhängige Monopolkontrolle zum Ausdruck kommen. Echter Leistungswettbewerb liegt vor, wenn durch eine Wettbewerbsordnung sichergestellt ist, daß bei gleichen Chancen und fairen Wettkampfbedingungen in freier Konkurrenz die bessere Leistung belohnt wird. Das Zusammenwirken aller Beteiligten wird durch marktgerechte Preise gesteuert. Marktgerechte Preise sind

Motor und Steuerungsmittel der Marktwirtschaft“ (H. Pütz, S. 866 ff.).

Die Düsseldorfer Leitsätze sind der erste einheitliche und in sich geschlossene Ordnungsentwurf in der Programmgeschichte der CDU. Daß die Präambel das neue Konzept als *Fortführung* und *Ergänzung* des Ahlener Programms versteht, ist „kein Tarnmanöver“ (H.-O. Kleinmann, S. 87 ff.), sondern lag in der Konsequenz der bisherigen Parteientwicklung. In einem zentralen Punkt jedoch betreten die Düsseldorfer Leitsätze gegenüber dem Programm von 1947 Neuland: Das Ahlener Programm war faktisch ein Sozialprogramm, kein Wirtschaftsprogramm; die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft impliziert jedoch eine entschiedene Absage an die im Ahlener Programm genannten *Lenkungsstellen*, seien sie „zentral oder dezentral, staatlich oder selbstverwaltungsmäßig“ organisiert (R. Uertz, S. 196 ff.). Die Entscheidung über die Produktions- und Investitionspolitik obliegt in der Marktwirtschaft einzig den Unternehmen, gleich, ob diese eigentumsrechtlich privat, kommunal oder staatlich geführt sind. Die Frage des Besitzrechts ist von der des Verfügungsrechts des Unternehmens und seiner Produktions- und Investitionspolitik in der Wettbewerbswirtschaft streng zu unterscheiden.

Die Düsseldorfer Leitsätze sind vor allem das Werk Ludwig Erhards und Franz Etzels, der die Programmredaktion besorgte. Mit der Sozialen Marktwirtschaft, die von Alfred Müller-Armack u. a. theoretisch vorbereitet und von Ludwig Erhard politisch umgesetzt wurde, hat die CDU ein überaus erfolgreiches Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungskonzept entwickelt. Das Programm der Sozialen Marktwirtschaft ist Ausfluß der christlich-demokratischen Idee, die kein ideologische, sondern eine normative Theorie darstellt. Diese unterscheidet sich deutlich von der Programmatik und den Parteiungen des Sozialismus und des Liberalismus, die beide das Eigeninteresse bestimmter so-

zialer Gruppen (Arbeiterschaft, Unternehmertum) vertreten und sich bemühen, diese Interessen ideologisch zu rechtfertigen. Die normativen Werte der christlichen Demokratie und der Sozialen Marktwirtschaft dagegen machen nicht die tatsächlichen Interessen, sondern objektive Werte zum Maßstab politischen Handelns.

Die Soziale Marktwirtschaft

Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft sind der Ordoliberalismus und die christliche Sozialethik. „Die Soziale Marktwirtschaft war dabei von Anfang an nicht nur als eine ökonomische Zweckmäßigekeitsordnung für den Wiederaufbau der Wirtschaft gedacht und gewollt. Sie zielte vielmehr auf eine Ordnung der gesamten Gesellschaft nach demokratischen Prinzipien (Ermöglichung der Freiheit als Wahl zwischen Alternativen; Gewaltenteilung, Wettbewerb, Dezentralisation, Kontrolle von Macht). Die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft sollte einheitlich und von den gleichen Grundwerten bestimmt erfolgen.“ Die demokratisch-rechtsstaatliche Ordnung, die das Grundgesetz prägt, ist demnach die notwendige Ergänzung zur Sozialen Marktwirtschaft.

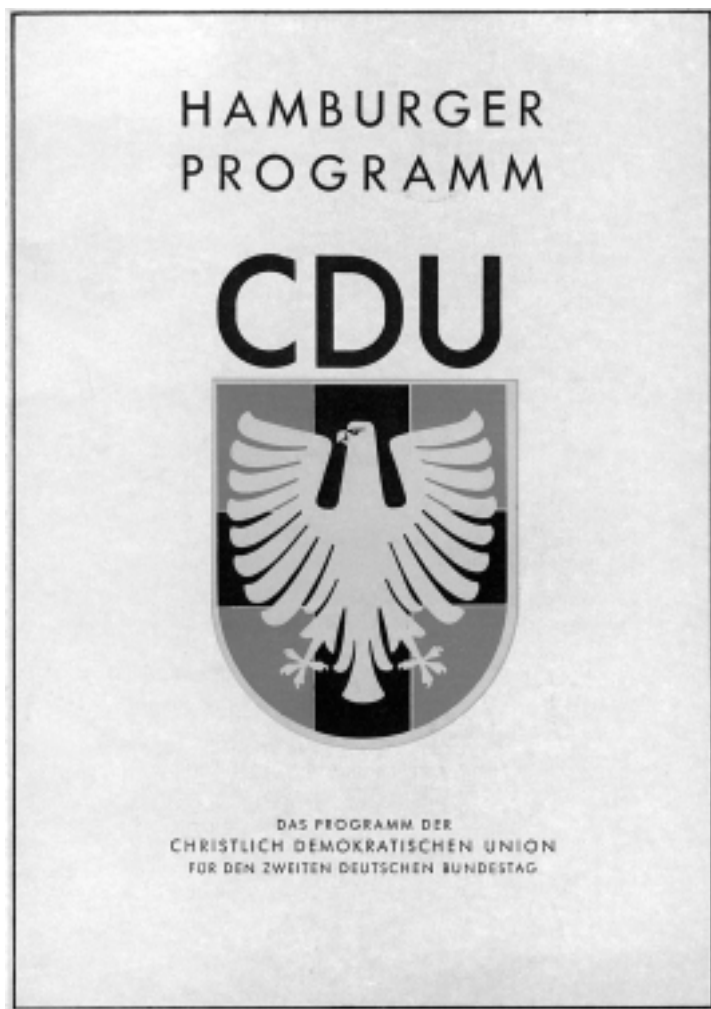
Die Gründe für die wirtschaftlichen Erfolge der Bundesrepublik waren zum einen, daß die Soziale Marktwirtschaft eine Ordnung darstellt, die die Freiheit der Unternehmer und Konsumenten mit staatlicher Ordnungspolitik so verbindet, daß sozial schwache Gruppen nicht zu Opfern des freien Marktes werden, wie es das Sozialstaatspostulat beinhaltet. Ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung war das amerikanische Marshall-Plan-Programm (1948–1951), das der westdeutschen und westeuropäischen Wirtschaft sowohl finanziell als auch psychologisch einen starken Aufschwung und Optimismus brachte. Weitere Faktoren des „deutschen Wirtschaftswunders“ waren zum

anderen die große Nachfrage und die hohe Produktivität bei niedrigen Löhnen und relativ hohen Arbeitszeiten, nicht zuletzt auch die hohe fachliche Qualifikation der Arbeitskräfte und eine positive Arbeitsmentalität.

Eine besondere Bedeutung hatte das Christliche, meist kurz „C“ genannt, vor allem in der Gründungs- und Konsolidierungsphase. Er wurde von den Parteigründern verstanden als eine Antithese zum Nationalsozialismus; zugleich war es ein Bekenntnis zum geistig-sittlichen Fundament des neuen Staatsaufbaus, dem freiheitlichen demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Dieses Wertefundament entstammt dem christlich-abendländischen Kulturgut, zu dem auch Ideen des Humanismus und der Aufklärung gehören. Zugleich markierte das „C“ die Überwindung des parteipolitischen Konfessionalismus der Zwischenkriegszeit. Mit der Union konstituierte sich eine Partei, die für die Angehörigen der beiden großen Kirchen wählbar war; sie stand im Gegensatz zur SPD und FDP, die bis heute die christlich-ethischen Ideen als Grundlagen ihrer Parteiprogrammatik verneinen. Doch versteht sich das „C“ in der Programmatik der CDU nicht als „monopolisierend“, wenngleich es als „Zaun“ für das Menschen- und Staatsverständnis Markierungen bot (P. Mikat).

Das Hamburger Programm 1953

Die CDU konnte in ihren Programmen der 1950er und der frühen 1960er Jahre, die in erster Linie Wahlprogramme für den Bundestag waren, mit einer Bilanz ihrer politischen Leistungen werben. Die Programme verwiesen entsprechend auf die Erfolge des staatlichen und politischen Neuaufbaus der Bundesrepublik und der Sozialen Marktwirtschaft und kündigten die Fortschreibung der erfolgreichen Wirtschafts-, Sozial- und Innenpolitik an. Im *Hamburger Programm* für den zweiten Bundestag 1953 heißt es: „Unter



Das Hamburger Programm, 1953

der Kanzlerschaft Konrad Adenauers hat die CDU in den letzten vier Jahren das deutsche Volk in der Bundesrepublik aus Hunger, Not und tödlicher Vereinsamung herausgeführt. Wir geben angesichts der kommenden Bundestagswahl Rechenschaft von dem Geleisteten und verkünden für den nächsten Wahlkampf unser Programm ...“ (P. Hintze, S. 31 ff.)

Die staatspolitischen Grundforderungen der CDU-Programmatik lassen deutlich die Präferenzen für das subsidiäre Ordnungskonzept, d. h. die gestufte Zuständigkeit von Privatinitiative, von gesellschaftlicher und staatlicher Initiative erkennen. „Es ist Aufgabe des Staates, den Menschen zu dienen. Der einzelne soll als freier Bürger Träger der Verantwortung für das Ganze sein. Die Staatsgewalt hat keinen Totalitätsanspruch. Deswegen kämpfen wir für die Rechte der Familie und den freien Lebensbereich des einzelnen, in dem sittlich-verantwortliche Entscheidungen möglich sind. Gleiches gilt für den Eigenbereich freier Organisationen im sozialen Leben. Die öffentlichen Aufgaben sind zunächst von der gemeindlichen Selbstverwaltung zu erfüllen. Die Staatsgewalt hat nur die Aufgaben, die im Bereich der Selbstverwaltung nicht gelöst werden können.“

Das *Hamburger Programm* und die staats- und rechtspolitische Programmatik der CDU qualifizieren die demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland durch das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit. Der Rechtsstaat ist nicht einfach die Summe positiver Gesetze, vielmehr steht er im Dienste fundamentaler Werte. Dazu zählt der aus der Erfahrung der Weimarer Verfassungsrealität stammende Grundsatz, daß es nicht genügt, die formale Gleichheit der Bürger und die Freiheitsrechte zu garantieren, ohne den Staat an weitere Normen zu binden: Dieser hat die Verpflichtung, die Voraussetzungen zu schaffen, daß der einzelne die Chance hat, seine Rechte und Freiheiten erfolgreich wahrzunehmen. Das ist der Sinn der Artikel 20 und

28 des Grundgesetzes, das den sozialen und föderalen Bundes- und Rechtsstaat definiert.

Die Staats- und Gesellschaftsprogrammatik der CDU unterscheidet sich in zentralen Punkten vom Verständnis der Weimarer Verfassung, die in beträchtlichem Maße von rechtspositivistischen Ideen geprägt ist. Eine Folge war, daß in ihr die Grundrechte nicht genügend gesichert waren und von der Regierung bzw. dem Reichspräsidenten außer Kraft gesetzt werden konnten. Die CDU, deren Staatstheorie vom (christlichen) Naturrecht geprägt ist, hat daher im Parlamentarischen Rat (1948/49) darauf hin gewirkt, daß die Grundrechte als vorpositive Rechtsideen gelten und unmittelbar geltendes Recht sind. Zudem wird der in der Weimarer Verfassung so umstrittene Gedanke der Volkssouveränität neu formuliert: Erstmals in einer Verfassung wird eine Bestimmung aufgenommen, die die Beschränkung von Souveränitätsrechten zugunsten europäischer und internationaler Ordnung konzidiert.

Weiter heißt es im Hamburger Programm von 1953: „Die Kirchen haben im öffentlichen Leben einen wichtigen Auftrag, dessen Erfüllung in voller Freiheit und Unabhängigkeit von der Staatsgewalt gesichert sein muß. Jedes einseitige Machtstreben von Interessengruppen lehnen wir ab, weil nur das Wohl des Ganzen Ziel der Politik sein darf. Interessenparteien sind Totengräber der staatlichen Ordnung. Splitterparteien stören die Voraussetzungen für echte politische Entscheidungen. ... Unsere Rechtsordnung ist fortzubilden. Bei der Anpassung des Familienrechts an die von uns bejahte Gleichberechtigung von Mann und Frau ist die natürliche Ordnung der Familie und Ehe für die CDU Ausgangspunkt und Richtschnur.“

Erstmals in einem Parteiprogramm der CDU wird im Hamburger Manifest auch die Außenpolitik skizziert. Die Bundesrepublik erhebt dabei den Anspruch, „stellvertretend für alle Deutschen in Ost und West (zu handeln), denen es versagt ist, in einem freien sozialen Rechtsstaat zu

leben. Das Hauptziel der nationalen und internationalen Politik der Bundesregierung ist die entschlossene Arbeit für die *Wiedervereinigung* und die Sicherung und Stärkung des *freien Berlin*. Eine neutrale Existenz Deutschlands wird angesichts der Politik der Sowjetunion, ihrer Mißachtung von Menschenrechten und Freiheit für utopisch gehalten. „Angesichts des sich immer schärfer abzeichnenden Gegensatzes zwischen den freien demokratischen Völkern und dem von der Sowjetunion beherrschten Teil der Erde konnte ein freies Deutschland seinen Platz nur in der Gemeinschaft der freien Völker suchen.“ Mit Kräften werde daher auch die Zusammenfassung der europäischen Institutionen zu *Europäischen Politischen Gemeinschaften* im Bündnis mit den gleichgesinnten Europäern angestrebt.

Aufgrund ihrer Vorherrschaft als Regierungspartei konnte die CDU während der 1950er und der ersten Hälfte der 1960er Jahre ihre programmatischen Zielvorstellungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Innen- und bei zunehmendem internationalem Spielraum weitgehend auch in der Außenpolitik umsetzen und zur Grundlage der Gesetzgebungsarbeit im Bundestag machen. Die programmatische Arbeit der Partei kam in jener Phase vornehmlich in Regierungserklärungen und der Gesetzgebung zum Ausdruck. Die Sozialdemokratie hing jedoch weiter der Vorstellung an, den Wohlfahrtsstaat auf der Verstaatlichung der Schlüsselindustrien aufbauen und von Interventionen bei Mißständen und Notlagen ein sachgerechtes Wirtschaften erwarten zu können. Auch nach der Abkehr vom Klassenkampfgedanken und ihren Sozialisierungsplänen im Godesberger Programm von 1959 setzte die SPD weiterhin auf die unklare Forderung der „öffentlichen Kontrolle der Wirtschaft“, u. a. mittels Investitionslenkung.

Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft

Unter der Kanzlerschaft Ludwig Erhards (1963–1966) trat die Soziale Marktwirtschaft in eine neue Phase der Bewährung. Alfred Müller-Armack (S. 19 ff.), der den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft geprägt hat und das Konzept wissenschaftlich und publizistisch begleitete, sprach von der „zweiten Phase der Sozialen Marktwirtschaft“. Was verstand man darunter? Zweifellos hatte sich „die Konzeption einer auf dem Wettbewerb aufgebauten sozialen Wirtschaftsordnung“ über den praktischen Erfolg hinaus auch geistig-theoretisch durchgesetzt. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschafts- und Sozialordnung mit ihren wirtschaftlich-technischen Fortschritten und breiten Einkommenszuwächsen in allen Bevölkerungsschichten hatte die Überlegenheit des marktwirtschaftlichen Systems gegenüber dem marxistischen Dirigismus deutlich dokumentiert. Die Tatsache, daß sich anders als bei den kommunistischen Staaten in der Wirtschaftspolitik der freien Länder marktwirtschaftliche Methoden durchsetzten, zeigte schon damals die Alternativlosigkeit dieses Konzepts für eine produktive Wirtschaft. Die Verbesserung technischer Entwicklungen, die zunehmende Automatisierung und die neuen ökonomischen Verfahren ließen die Probleme des Mangels als „grundsätzlich lösbar“ erscheinen. Probleme aber stellten sich nun bei den Verhältnissen der Industriestaaten zueinander und zu den Entwicklungsländern (internationale Wirtschaftsordnung) sowie binnenwirtschaftlich vor allem im Verhältnis zwischen sozialem Fortschritt und unternehmerischer Entwicklung sowie wegen zunehmender Verteilungskämpfe zwischen den Gewerkschaften und Verbänden ein. Dieser Überhitzung der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Atmosphäre sah sich die Politik ausgesetzt.

Was eine Ergänzung des Programms der Sozialen Marktwirtschaft notwendig machte, war neben den veränderten sachlichen Anforderungen und insbesondere der zuneh-

menden Spannung zwischen der wirtschaftlichen Leistungskraft und den hochgeschraubten Forderungen der Verbände der Umstand, daß die SPD sich seit dem Godesberger Programm 1959 der Sozialen Marktwirtschaft zwar nicht dem Namen, aber doch der Sache nach weitgehend angenähert hatte, namentlich in der Person ihres führenden Theoretikers Karl Schiller. Alfred Müller-Armack hatte schon 1960 eine „Überprüfung“ und „Ergänzung der Sozialen Marktwirtschaft durch ein gesellschaftspolitisches Programm“ gefordert, um ihre Aufgaben „für die zweite Phase ihrer Verwirklichung, in die sie nun eintritt“, erfüllen zu können. Eine „nur pädagogisch-geistige Therapie“ sei dieser Lage nicht gewachsen. Es bedürfe „vielmehr der bewußten Schaffung neuer Stabilitäten aus der als Schicksal hinzunehmenden Grundsituation unserer heutigen Gesellschaft. Der Strom ihrer Expansion, ihrer Technik, ihrer soziologischen Umschichtungen ist so stark, er trägt uns so schnell fort, daß das entschwindende Bild des alten Ufers wenig hilft, sicher zu navigieren, wenn wir uns nicht klar auf die Bedingungen der Strömungen einstellen“ (A. Müller-Armack, S. 270 ff.).

Ludwig Erhard, seit 1963 Bundeskanzler, griff 1965 im Bundestagswahlkampf den Gedanken einer Ergänzung und Stabilisierung der Sozialen Marktwirtschaft auf. Doch seine Strategie der „Formierten Gesellschaft“ war wenig erfolgreich. Der von seinem Berater Rüdiger Altmann (S. 126 ff.) stammende Begriff vermochte nicht, das eigentlich Gemeinte widerspruchsfrei und öffentlichkeitswirksam zum Ausdruck zu bringen. Und auch die Bundespartei ist Erhard hier nur halbherzig gefolgt. Die Bevölkerung sah vielmehr Ludwig Erhard selbst als die Verkörperung eines erfolgreichen Ordnungskonzepts, das man mit dem Wohlstand und dem Wiederaufstieg der Bundesrepublik identifizierte.

Forderungen nach einer Erneuerung der CDU-Politik wurden schon in den 1960er Jahren erhoben. So hatte Rai-

ner Barzel im Auftrag des Bundesparteiausschusses bereits 1962 Überlegungen über die innere Reform der CDU angestellt und auf dem Bundesparteitag Bericht erstattet (H.-O. Kleinmann, S. 188 ff.). Aber dessen Überlegungen betrafen ebenso wie die Vorstellungen des Geschäftsführenden Vorsitzenden der Bundes-CDU, Josef Hermann Dufhues (1962–1966), vornehmlich Fragen einer Reform der Parteiorganisation und des Selbstverständnisses der Partei, nicht jedoch Fragen der programmatischen Erneuerung der Gesamtpartei von ihren theoretischen Voraussetzungen her. Die Mehrzahl der CDU-Politiker lehnte bis Mitte der 1960er Jahre umfassende Parteiprogramme als untypisch für die CDU ab. Parteiprogramme mit mittel- und langfristigen Zielsetzungen wurden vor allem in Hinblick auf die Programmtradition der Linksparteien als dogmatisch und ideologisch verworfen (W. Schönbohm, S. 71). Die führenden CDU-Politiker bauten bis dahin darauf, daß die Union mit ihrem von der Ethik und Sozialphilosophie der beiden Kirchen beeinflussten politiktheoretischen Fundus genügend Grundsubstanz und programmatisches Selbstverständnis besitze und im übrigen die Hand frei haben müsse für die sich ergebenden Situationen. Im wesentlichen war dies auch die Einstellung Adenauers, der gegenüber ausgefeilten Programmen eine Abneigung hatte, nicht zuletzt deshalb, weil zu detaillierte Programme durch die Realität schnell überholt sein können oder die politische Handlungsfähigkeit einschränken.

Den Auftrag zur Ausarbeitung eines Aktionsprogramms der CDU erteilte die Parteiführung am 23. Januar 1967, wenige Wochen nach der Bildung der Großen Koalition von CDU, CSU und SPD unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (1966–1969). Die Politik der Großen Koalition hatte mit einem Schlag auch die Situation in der Union verändert. Es waren nicht zuletzt die reformerische Arbeit des Regierungspartners SPD, der die Union animierte, „eigene politische Handlungsstrategien zu entwickeln und

sich langfristig nach ihnen zu richten“. Parteiarbeit, so formulierte Bruno Heck, Generalsekretär der CDU (1967–1971), mit einem Blick auf die Programmatik des Koalitionspartners, „muß in Jahrzehnten rechnen können, muß über lange Strecken hinweg unbeirrbar an einem Konzept festhalten, auch wenn es zwischendurch einmal nicht bequem sein sollte oder zu Rückschlägen führt“.

Das Berliner Programm 1968

Die CDU sollte mit ihrem *Berliner Programm* von 1968 erstmals den Weg eines von der Gesamtpartei angenommenen, umfassenden Parteiprogramms beschreiten, das die Konzepte für die einzelnen Politikfelder stärker bündelte und strukturierte. Daß dieses Manifest als Aktionsprogramm konzipiert war, zeigt die noch weit verbreitete Auffassung, daß die Prinzipien und Grundlagen der CDU-Politik bekannt seien, so daß es vor allem der Formulierung politischer Aktionsfelder bedürfe. Der am 15. Dezember 1967 vorgelegte Programmentwurf wurde in den folgenden Monaten von den Parteivereinigungen und den Parteigremien, den Orts-, Kreis- und Landesverbänden, eingehend diskutiert. 30.000 Stellungnahmen zu den einzelnen Programmpunkten wurden erarbeitet. Am 7. November 1968 wurde das Programm vom 16. Bundesparteitag der CDU in Berlin verabschiedet. Nur ein Jahr später, am 17./18. November 1969, wurde auf dem 17. Bundesparteitag in Mainz eine Reformkommission eingesetzt mit dem Auftrag, das *Berliner Programm fortzuschreiben*.

Erforderlich geworden war die Fortführung der Arbeit der Reformkommission durch den Regierungswechsel nach den Bundestagswahlen 1969. Die Union war zwar weiterhin stärkste Fraktion, doch bildeten SPD und FDP nach nur kurzen Koalitionsberatungen die neue Bundesregierung. Die Union fand sich nach 20 Jahren als führende



Berliner Programm, 1968

Regierungspartei überraschend und unvorbereitet in der Opposition. In den Beschlüssen des Bundesparteitags zur Reformkommission heißt es lakonisch: „Die Union ist seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland die moderne und führende Volkspartei. Sie hat zur Zeit im Bund die für eine Demokratie wesentliche Funktion der Opposition übernommen. Sie begreift ihre Rolle kritisch und konstruktiv. Sie muß daher ihre neue Aufgabe als eine Chance zur personellen, organisatorischen und sachlichen Erneuerung nutzen.“

Offiziell hatte die Kommission also den Auftrag, das Berliner Programm 1968 „fortzuschreiben“. Tatsächlich aber war das Aktionsprogramm wegen des Wechsels der Partei in die Opposition schon kurz nach seiner Verabschiedung in wichtigen Teilen überholt. Der Beschluß des Parteitages bildete den Auftakt zu einer umfassenden personellen und organisatorischen Parteireform. Sie sollte eng verbunden werden mit der programmatischen Erneuerung. Sichtbarer Ausdruck der Wandlungen in der Union jener Jahre, „waren die Parteitage. Früher einmal wurden dabei zwei Tage lang Reden gehalten, von allen, die glaubten, von Amts wegen ein Anrecht darauf zu haben. Es gab geradezu so etwas wie einen Sprechadel in der Partei, während die gewöhnlichen Delegierten das oberste Zuhörerergremium der CDU bildeten. Diese Gestaltung der Parteitage entsprach damals durchaus dem, wie die CDU sich selbst sah und wollte. Sie war der Kanzlerpartei jener Jahre angemessen“ (Bruno Heck, *Die politische Meinung* 1969, S. 36).

Die Fortschreibung des Berliner Programms

Die neue Programmkommission konstituierte sich am 20. Januar 1970 unter ihrem neuen Vorsitzenden, Helmut Kohl, rheinland-pfälzischer Ministerpräsident und Stellvertretender Vorsitzender der CDU. Stellvertreter war Hein-

rich Köppler, Vorsitzender der CDU Rheinland. Dem Gremium gehörten 87 Mitglieder an, die sich auf fünf Kommissionen verteilten. Der Programmentwurf wurde – wie schon zuvor beim Berliner Programm – in allen Gliederungen, Vereinigungen und Fachausschüssen ausführlich diskutiert. Zu dem Entwurf der Kommission gingen 7000 Stellungnahmen ein. Auf dem 18. Bundesparteitag in Düsseldorf wurde das Programm einschließlich einem Beschluß zur Mitbestimmung verabschiedet, die einen wesentlichen Teil der Diskussionen einnahm. Obwohl dieses in weiten Teilen neu konzipiert war und zu allen wichtigen Politikbereichen detaillierte Aussagen enthielt, gab man ihm aus Kontinuitätsgründen den Namen *Berliner Programm – 2. Fassung (1971)*. Für die weitere politische Arbeit der Union sollte das erweiterte Programm von Bedeutung sein.

In der Präambel heißt es: „Die Christlich Demokratische Union Deutschlands orientiert ihre Politik an den Grundsätzen christlicher Verantwortung. Zielsetzungen dieser Politik sind die Freiheit des einzelnen, der sich der Gemeinschaft verpflichtet weiß, die Gerechtigkeit und die Chancengleichheit für jedermann sowie die Solidarität aller Bürger, die auf der Eigenverantwortung der Person aufbaut. – Die CDU versteht die Demokratie als eine dynamische, fortzuentwickelnde politische Ordnung, die die Mitwirkung der Bürger gewährleistet und ihre Freiheit durch Verteilung und Kontrolle der Macht sichert. Diese Ordnung muß für den einzelnen durchschaubar sein; sie kann nur verwirklicht werden, wenn sich die Bürger für ihre Gestaltung verantwortlich fühlen und sich aktiv und opferbereit daran beteiligen. Die CDU will den gesellschaftlichen Fortschritt fördern und die Bedingungen für eine freie Selbstentfaltung der Person schaffen. Die CDU vereint als moderne Volkspartei Männer und Frauen aller Schichten in dem Willen, das deutsche Volk in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit zu einen. Sie bekennt sich zum

Selbstbestimmungsrecht des ganzen deutschen Volkes, zu einem politisch geeinten Europa und einer Völkergemeinschaft, die den Frieden in der Welt sichern hilft und dem Wohle und der Entwicklung aller Völker dient“ (P. Hintze, S. 47 ff.).

Auch dieses Programm sollte eine Fortschreibung erfahren. Im Oktober 1971 wurde eine Grundsatzkommission eingesetzt, der Richard von Weizsäcker vorstand. Neben führenden Unionspolitikern gehörten dem Gremium auch wissenschaftliche Berater an. So hatte die Kommission zwei Berichte ausgearbeitet, die in die Beschlüsse des Hamburger Parteitags mündeten. Das *Berliner Programm* umfaßte neben den Erweiterungen von Düsseldorf (1971) einen in die Mitbestimmungsziffer 72 eingefügten Exkurs zur Reform des Unternehmensrechts sowie einen an die 131 Programmziffern gefügten Anhang, bestehend aus Überlegungen zur Reform der beruflichen Bildung, einem vermögenspolitischen Grundsatzprogramm und Vorschlägen für ein soziales Baubodenrecht.

Für die kontinuierliche Fortentwicklung der Programmatik sowie die personelle und organisatorische Reform blieb der CDU nicht viel Zeit. Am 19. November 1972 war das von der CDU/CSU-Fraktion in Deutschen Bundestag unter Rainer Barzel angestrebte Mißtrauensvotum gegen Willi Brandt gescheitert, was zu der vorgezogenen Bundestagswahl 1973 führte. Zum erstenmal in der Geschichte der Unionsparteien gingen CDU und CSU mit einem gemeinsam abgestimmten Programm in den Wahlkampf, aus dem die SPD erstmals seit 1949 als stärkste Partei hervorging und die Unionsparteien überflügelte. Spätestens damit war deutlich, daß sich die Union auf eine längere Oppositionszeit einzustellen hatte.

Nach dem Rücktritt Rainer Barzels vom Partei- und Fraktionsvorsitz wurden am 12. Juni 1973 auf dem 21. Bundesparteitag in Bonn Helmut Kohl zum Parteivorsitzenden und Kurt Biedenkopf zum Generalsekretär gewählt. Sie

griffen entschieden die neuen Herausforderungen auf und führten wesentlich umfänglicher und gründlicher als zuvor den programmatischen, personellen und organisatorischen Reformprozeß der Union durch. Entsprechend galt es, die Grundsatzdiskussion über die theoretischen Grundlagen, die ordnungspolitischen Instrumente und politischen Zielsetzungen der Partei noch stärker in Gang zu setzen und alternative Positionen zur sozialliberalen Koalition herauszuarbeiten. Dies galt für alle Politikbereiche, die zum Teil auch innerparteilich kontrovers diskutiert wurden. Insbesondere galt es, in den wichtigen gesellschaftspolitischen Fragestellungen gegenüber dem demokratischen Sozialismus und seiner unter dem Einfluß neomarxistischer und sozialistischer Strömungen stehenden Vorstellungen die Konturen einer liberal-demokratischen und sozialmarktwirtschaftlichen Programmatik zu schärfen.

So stand der 22. Bundesparteitag der CDU in Hamburg vom 18. bis 20. November 1973 ganz im Zeichen des sich neu artikulierenden Führungsanspruchs der CDU und ihrer politischen und programmatischen Reform. Auf dem Parteitag wurde die Ausarbeitung eines Grundsatzprogramms der CDU beschlossen, womit der Auftrag der Kommission für die Fortführung des Berliner Programms erlosch. Eine neue Ära in der Programmatik der CDU war angebrochen.

Der Weg zum Grundsatzprogramm

Vorsitzender der alten wie der neuen Programmkommission war Richard von Weizsäcker, doch wurde der Auftrag der Kommission sowie die personelle Zusammensetzung wesentlich erweitert. Hinsichtlich der Frage, ob es denn eines umfänglichen Grundsatzprogramms überhaupt bedürfe oder ob nicht wie bisher die Formulierung von Leitsätzen und Aktionsprogrammen genüge, gab Weizsäcker zu be-

denken: Der Kern der CDU-Programmatik, wonach die Politik der CDU auf dem christlich geprägten Bild des Menschen beruht, bleibe selbstredend gültig. „Aber Grundsätze sind kein selbsttätiger Besitz; sie werfen eben nicht automatisch politische Zinsen ab, von denen sich gut leben läßt. Vielmehr sind sie nur dann lebendig, wenn wir sie uns in der ganzen Partei immer von neuem zu eigen machen. Denn wir stehen ja vor immer neuen Herausforderungen der Technik und Wissenschaft, der wirtschaftlichen Dynamik und der sozialen Entwicklung. Unter diesem Einfluß wandeln sich unsere Lebensbedingungen ständig. Auf diesen Wandel dürfen wir nicht nur reagieren, wir müssen ihn politisch gestalten, und dazu bedürfen wir des Antriebs und der Leitlinien verbindlicher Grundsätze.“ Dies aber habe das Berliner Programm, das nur ein Aktionsprogramm gewesen sei, nicht leisten können.

Für Kurt Biedenkopf als Generalsekretär und die neue Grundsatzprogrammkommission galt es, ein beträchtliches Manko christlich-demokratischer Programmatik zu beheben. Der Umstand, daß die CDU 1945 auf der Basis *christlicher Weltanschauung, christlicher Ethik und Kultur* gegründet worden war, war in der Gründungs- und Konsolidierungsphase ein Selbstverständnis, das keiner tieferen Begründungen und umfänglicheren Erklärungen bedurfte. Die sittlichen und religiösen Fragen waren selbstverständlich Gegenstand des Religionsunterrichts, der Katechese und der Morallehre der beiden Kirchen. Auch wenn die CDU keine kirchliche Partei war, so stützte sie sich doch in hohem Maße auf eine Wählerschaft und auf Parteimitglieder aus kirchlich sozialisiertem Milieu. Andererseits besaß die Union gerade aufgrund ihrer Herkunft trotz politischer Erfahrung keinen hinreichenden politiktheoretischen Fundus. Daß man stattdessen die Sozialethik der Kirchen heranzog, wurde vom politischen Gegner oft mit dem Vorwurf des Klerikalismus quittiert (Th. Ellwein).

Die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Veränderungen, nicht zuletzt die zunehmende Säkularisierung sowie der Umstand, daß die CDU als Volkspartei selbstverständlich auch kirchlich ungebundene Bürger ansprechen will, bedeuteten keineswegs eine Abwendung von den christlich-anthropologischen Normen. Aber geändert hatte sich das Verständnis und der Interpretationsrahmen von Grundwerten, sittlichen Normen und Leitideen angesichts politischen, sozialen, technischen und kulturellen Wandels. Anders formuliert: Die Grundsatzkommission mußte eine eigenständige politiktheoretische Basis schaffen, die die ethische und wertmäßige Verankerung im Christentum auswies, zugleich aber auch den säkularen und ideenpolitischen Kontext christlich-demokratischer Politik neu formulierte.

Ursprünge und Neubesinnung

Kurt Biedenkopf formulierte diese Aufgabe wie folgt: Wir halten an den Grundwerten, die für uns christlich begründet sind, „nicht aus dogmatischen Gründen, sondern um des Menschen willen fest ... Diese Grundwerte müssen deshalb in der Politik, in allen Bereichen und immer wieder neu eingelöst, konkretisiert werden. Notwendig ist beides: Klarheit *und* Elastizität der Grundwerte. Nur eine Partei, die ihre Grundwerte fest verankert weiß, kann sie flexibel anwenden, ohne sie opportunistisch zu verraten. Unsere Politik muß sich an unseren Grundwerten bewähren und notfalls von ihnen her kritisieren lassen. Diese Grundwerte bergen somit ein kritisches, auf Veränderung drängendes Potential. In ihren Konsequenzen sind sie nachvollziehbar, einsichtig und bedeutsam auch für jene, die nicht an ihre christliche Begründung zu glauben vermögen. Denn sie führen nicht zu einer ‚christlichen‘ Politik, einer ‚christlichen‘ Partei oder einer ‚christlichen‘ De-

mokratie, sondern zu einem bestimmten politischen Stil und zu kritischen Maßstäben für eine Politik, die jeweils an ihren Früchten, nämlich an ihren Konsequenzen für den Menschen zu erkennen und zu messen sein wird“ (K. Biedenkopf, 1975, S. 15 ff.).

Die Mitglieder der Programmkommission, insbesondere Richard von Weizsäcker als Vorsitzender und Kurt Biedenkopf als Generalsekretär (1973–1977), haben in einer Vielzahl von Vorträgen, Diskussionsrunden und Symposien in Akademien, Universitäten, Bildungswerken und Parteiveranstaltungen die CDU-Programmatik erläutert und für die neuen Leitlinien geworben. Den Auftakt einer Vortragsreihe, die ihn vor allem in kirchliche und politische Akademien führte, machte Kurt Biedenkopf mit einem Referat vor der Katholischen Akademie in München im Dezember 1973. Die Darlegung der Grundlagen und Ziele der Christlichen Demokratie erfolgte im Kontrast zu den gesellschaftsprogrammatischen Vorstellungen der SPD. Die Sozialdemokraten, so Biedenkopf, verfügten erst über geringe Erfahrungen als Volkspartei und könnten daher „die Integration unterschiedlicher Gruppierungen und Interessen zu einer regierungsfähigen Mehrheit“ erst seit kurzem leisten.

„Aufgabe der Oppositionszeit der CDU ist es, die programmatische Aussage erneut zu formulieren und zu präzisieren. Der Rückgriff auf die programmatischen Aussagen der Jahre 1947 und 1949 ist dafür aus offensichtlichen Gründen nicht ausreichend. Die Bedingungen unserer Gesellschaft haben sich grundlegend geändert. Dies gilt vor allem für den Bereich der Wirtschaft. Aber auch eine Fortschreibung der Grundsatzaussagen der Nachkriegszeit vor dem Hintergrund der neu entbrannten Wertdiskussion ist unerlässlich. Doch die Grundwerte, die unsere Politik bestimmen, sind sowohl im Ahlener wie im Düsseldorfer Programm in einer für den Charakter der CDU prägenden Weise enthalten“ (K. Biedenkopf, 1973, S. 5).

Die christliche Sozialethik und den ordnungspolitischen Liberalismus sieht Biedenkopf als die beiden wichtigsten Grundströmungen der CDU. Diese stünden in wichtigen Fragen in einen Widerspruch zueinander, der in der Programmatik seit 1949 zwar nicht gelöst worden sei, jedoch für die programmatische Entwicklung der Union wichtige Antriebskräfte geliefert habe. Christliche Ethik und ordnungspolitischer Liberalismus mußten also in eine neue Synthese gefügt werden.

Die offene und kritische Art der Grundsatzprogrammdiskussion mit ihrer Mischung aus politiktheoretischer Reflexion, ideengeschichtlichen Bezügen und politisch-strategischem Kalkül stieß in der Öffentlichkeit auf äußerst positive Resonanz. Plausibel erschienen den Medienberichterstattem nicht zuletzt auch die Kriterien und die Unterscheidungsmerkmale bezüglich des Grundwerteverständnisses von CDU und SPD. Aufmerksam registrierte man, daß in den Äußerungen des Generalsekretärs und des Vorsitzenden der Grundwerteprogrammkommission die Begriffe „christliches Gedankengut“, „christliches Menschenbild“, „Verantwortung des Christen“ in einem neuen Kontext erschienen („Die Zeit“ vom 14. Dezember 1973).

Die Programmarbeit der CDU überraschte denn auch die Sozialdemokratische Partei. Der Referent für Kirchenfragen beim SPD-Parteivorstand, Rüdiger Reitz, wies im SPD-Pressedienst vom 27. März 1974 auf die neuen Entwicklungen beim parteipolitischen Kontrahenten hin. Die Art und Weise, wie die CDU in jüngster Zeit das „Thema ‚Grundwerte‘ und das ‚C‘ in der Politik“ traktiere, müsse die SPD beunruhigen. Als „Kopf der neuen Unions-Ideologie“ machte Reitz Kurt Biedenkopf aus. Der Kirchenreferent war alarmiert, daß das „Christliche“, das sich in der CDU bisher auf das Christlich-Soziale konzentrierte, nun vor allem liberal interpretiert werde. „Dazu bietet sich christliches Gedankengut an, das, ordoliberal gedeutet, weder in

den Fehler des Faschismus noch des biedereren politischen Patriarchats verfällt.“ In der Tat wurde damit treffend das Novum der CDU-Programmatik markiert: Wohl war diese schon im Programm und in den Programmreden Konrad Adenauers personalistisch und kulturchristlich verstanden worden, aber in der theoriefreudigen Sprache der Programmatik der 1970er Jahre konnten das „Christliche“ und die christliche Person- und Verantwortungs idee konsistenter mit den Grundwerten sowie mit politischen Positionen und ordnungspolitischer Programmatik verbunden werden.

Kritischer Rationalismus

Einige Mitglieder der Programmkommission und vor allem jüngere Parteimitglieder (u. a. Junge Union und RCDS) wollten den grundsätzlichen Ansatz der Programmdiskussion anders akzentuieren. Sie wollten die CDU dadurch wieder zur geistigen Vorherrschaft führen, daß sie die Grundforderungen nach „Demokratie“ und „Marktwirtschaft“ vom Leitbegriff der „offenen Gesellschaft“ her kennzeichneten, wie ihn Karl Popper in seinem Konzept des Kritischen Rationalismus vertrat. Mit dieser wissenschaftstheoretisch fundierten Theorie glaubte man, in der Auseinandersetzung mit dem Dogmatismus der Neuen Linken und ihren überzogenen Ansprüchen einer gesellschaftlichen Beglückung besser gewappnet zu sein (W. Dettling, 1974, S. 78 ff.). In dem „offenen“, un abgeschlossenen, nicht bis in alle Einzelheiten plan- und steuerbaren Gemeinwesen sahen sie das überzeugendste Äquivalent zu Demokratie und Marktwirtschaft. Zentrale Begriffe wie „spontane Ordnung“ und „Wettbewerb als Entdeckungsverfahren“ (Friedrich August von Hayek) hielten sie für besonders markante Gegenpositionen zu der von marxistisch-leninistischen und sozialistischen Studentengruppen sowie von Teilen der SPD propagierten Ideologie von staatlicher Steuerung nach der Art

eines Zentralplans. Diese Modifizierungen der CDU-Grundsätze im Sinne des Kritischen Rationalismus sah man in den CDU-Nachwuchsorganisationen keineswegs als Gegensatz, sondern vielmehr als Ausdruck des christlichen Menschenbildes und eines „christlichen Humanismus“. Mit der Konzeption der „offenen Gesellschaft“ im Sinne des Kritischen Rationalismus wollte man die seinerzeit in den universitären und parteipolitischen Zirkeln und Verbänden teilweise sehr akademisch-sozialphilosophisch geführte gesellschaftsprogrammatistische Debatte (Frankfurter Schule, Neomarxismus und andere Strömungen) erfolgreicher bestreiten.

Die Grundwertedebatte der 1970er Jahre und die Mannheimer Erklärung 1975

Begleitet und öffentlichkeitswirksam verbreitet wurde die Grundsatzprogrammdiskussion der CDU in den 1970er Jahren durch die Grundwertedebatte sowie die vor allem von Generalsekretär Heiner Geißler (1977–1989) und seinem Beraterstab (Geißler, 1976, S. 15 ff.) initiierte Konzeption der *Neuen Sozialen Frage*. Die Grundwertediskussion entzündete sich vor allem an der von der sozial-liberalen Koalition durchgeführten Strafrechts- sowie der Ehe- und Familienrechtsreform. Die Auseinandersetzung, an der sich vor allem kirchliche und politische Akademien und Bildungseinrichtungen beteiligten, drehte sich um die Unverletzlichkeit tragender Wertvorstellungen und die Frage, wieweit der Staat, die Kirchen, die Parteien und andere gesellschaftliche Großgruppen für die Wert- und Sinnfragen im pluralistischen Gemeinwesen Mitverantwortung tragen. Die bekannteste Veranstaltung zur Grundwertedebatte fand in der Katholischen Akademie in Hamburg statt, wo diese Fragen mit führenden Politikern, Kirchenvertretern und Wissenschaftlern diskutiert wurden.

Höhepunkte dieser Veranstaltung waren die Referate von Bundeskanzler Helmut Schmidt und Oppositionsführer Helmut Kohl im Herbst 1976. Helmut Schmidt vertrat die Meinung, daß der Staat als Wahrer der Rechtsordnung für die Grundwerte eigentlich nicht verantwortlich sei, da es ihm lediglich zukomme, die aus den Grundwerten abgeleiteten Grundrechte zu schützen. Demgegenüber plädierte Helmut Kohl dafür, daß ungeachtet des Umstands, daß der Staat die Grundwerte *vorfinde* und kein *objektives Wertesystem* verordnen könne, sich nicht einfach aus der Verantwortung für die Grundwerte stehlen dürfe. „Der Staat ist aber nicht nur der Notar von Mehrheitsmeinungen, das Herrschaftsinstrument, um die Wertvorstellungen der jeweiligen Mehrheit ... durchzusetzen. Unsere politische Ordnung ist vielmehr eine Ordnung des Maßes, der Geduld, des wechselseitigen Gebens und Nehmens. ... Sie ist eine Ordnung, die in hohem Maße politische Tugenden vom Staatsmann, vom Politiker und nicht zuletzt vom einzelnen Bürger fordert.“ Helmut Kohl verwies darauf, daß der Staat die Grundwerte zwar vorfinde – „aber nicht empirisch in der Gesellschaft, sondern in der Natur des Menschen. Anders als von dieser Ebene her lassen sich die Grundrechte dem mehrheitlichen Zugriff der Gesellschaft nicht entziehen, läßt sich die Gefahr einer normativen Verabsolutierung der Gesellschaft nicht bannen“ (G. Gorschek, S. 13 ff., 52 ff.)

In der Grundwertedebatte standen sich unverkennbar zwei höchst unterschiedliche Staats- und Gesellschaftskonzepte gegenüber, wobei Helmut Kohl auf die zentralen Normen des Entwurfs des Grundsatzprogramms der CDU verweisen konnte, dessen personalistischer Kern das Staats- und Verfassungsverständnis der Christlichen Demokratie widerspiegelt. Im Programmentwurf wie auch im 1978 verabschiedeten Grundsatzprogramm heißt es: „Aus christlichem Glauben läßt sich kein bestimmtes Programm ableiten. Aber er gibt uns das Verständnis vom

Menschen. Darauf beruht unsere Politik.“ „Verantwortliche Politik hat vor allem die unantastbare Würde der Person zu schützen. Die Würde des Menschen bleibt unabhängig von seinem Erfolg oder Mißerfolg und unberührt vom Urteil der anderen.“

Die Grundsatzarbeit und programmatische Erneuerung der CDU erreichte im Jahr 1975 mit der *Mannheimer Erklärung* einen ersten Höhepunkt. Das Dokument skizziert die Grundlinien der christlich-demokratischen Politik für die kommenden Jahre. Neben der Außenpolitik waren die gesellschaftspolitischen Aussagen von zentraler Bedeutung. Im Kapitel *Neue Soziale Frage* wurden die Interessen der Nichtorganisierten umrissen und die Problematik von nicht durch Wettbewerb regelbaren Aufgaben der Staats- und Gesellschaftsordnung behandelt. Zu ihnen gehören die Fragen des Konflikts zwischen Arbeit und Kapital, zwischen organisierten und nichtorganisierten Interessen, zwischen Minderheiten und Mehrheiten, zwischen Stadt und Land und zwischen den Machtausübenden und Machtunterworfenen innerhalb der organisierten gesellschaftlichen Gruppen. Zu den Nichtorganisierten gehören insbesondere alte Menschen, nicht erwerbstätige Mütter, Kindern und Jugendliche sowie nicht mehr Arbeitsfähige – Interessen also, die die organisierten Verbände in aller Regel nur am Rande vertreten.

Das Konzept der Neuen Sozialen Frage

Das Konzept der Neuen Sozialen Frage, das wissenschaftlich und publizistisch begleitet in die Grundsatzprogrammarbeit einfloß und das breite Resonanz vor allem in der politischen Bildung und im Umfeld der Sozialarbeit und Diakonie fand, war das „Ergebnis großer Anstrengungen der CDU nach dem Machtwechsel, neues, fortschrittliches Profil zu gewinnen“. Es stand im Kontext der Wei-

terentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft – ein Konzept, in das die Ergebnisse der Pluralismus-Kritik der 1960er Jahre (u. a. Formierte Gesellschaft) wie auch die Probleme der Energie- und Wachstumskrise seit den frühen 1970er Jahren eingeflossen sind. Hatte sich die Idee der Formierten Gesellschaft vor allem auf die intensiver gewordenen Konflikte zwischen Interessengruppen, Parlament und Regierung konzentriert, so richtete sich das Augenmerk der *Neuen Sozialen Frage* zunächst auf die konkreten familiären, gesellschaftlichen und sozialpolitischen Konfliktpunkte. In einem zweiten Schritt wurden diese Fragestellungen ordnungspolitisch verknüpft. Die alte soziale Frage hatte den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen zum Inhalt. Diese Frage ist ordnungspolitisch weitgehend gelöst. Das Konzept der Neuen Sozialen Frage griff seit 1975 Probleme auf, die sich im Gefolge des Wohlfahrtsstaates und der gesellschaftlichen Veränderungen ergeben. Es ging hierbei in erster Linie um Fragen der Steuerungsdefizite und der Konflikte zwischen Organisierten (z. B. Produzenten) und Nichtorganisierten (z. B. Konsumenten), Interessenkonflikte zwischen Erwerbstätigen und nicht (mehr) im Beruf Stehenden u. a.

Aus den Begleitstudien zu diesem Konzept war erkennbar, daß das Wachstum der Verbände und die Kostenexplosion im tertiären Sektor konvergieren und sich wechselseitig in ihrer politischen Wirkung verstärken. Diese Entwicklungen sind Ursache und Ausdruck steigender Erwartungen der Bürger an die Politik, engen aber zugleich den Handlungsspielraum des politischen Systems ein; die Schere zwischen tatsächlicher und erwarteter Leistungsfähigkeit des Staates öffnet sich immer weiter (W. Dettling, 1976, S. 83 ff.).

Zwischenstation: Der Grundsatzprogrammentwurf

Die *Mannheimer Erklärung* (1975), die – wie im übrigen auch der *Entwurf für ein Grundsatzprogramm der CDU* (1976) – ein wichtiger Zwischenschritt auf dem Weg zur Verabschiedung des Grundsatzprogramms im Jahre 1978 war (H. Asmussen, S. 957 ff.), nennt als weitere Dimensionen der Neuen Sozialen Frage die Zerstörung der Umwelt, die Probleme der Kinder in einer „Welt der Erwachsenen“ sowie die Lage der älteren Menschen. Richard von Weizsäcker und die Grundsatzprogrammkommission sahen in den mit der Neuen Sozialen Frage verbundenen Aufgaben „die ausschlaggebende Bewährungsprobe des freien Gemeinwesens“ („Frankfurter Rundschau“ vom 17.3.1976).

Mit der Erarbeitung des Grundsatzprogramms wollte die CDU keineswegs nur innerparteiliche Orientierungs- und Integrationsarbeit leisten, sondern auch nach außen die Regierungsfähigkeit der Union demonstrieren. Entsprechend war das Konzept der Neuen Sozialen Frage keineswegs einseitig auf die Ausdehnung sozialstaatlicher Tätigkeit angelegt. Vielmehr sollte mit den neuen wirtschafts- und sozialpolitischen Leitlinien nicht zuletzt auch gegenüber der sozial-liberalen Koalition das ordnungspolitische Profil der CDU geschärft werden. Die Neue Soziale Frage wurde als Handlungsfeld der *Sozialen Marktwirtschaft* verstanden. Insofern steht das Grundsatzprogramm der CDU und seine Vorbereitung in deutlichem Kontrast zur sozialdemokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsprogrammatik. Die SPD sah in ihrem Ökonomisch-politischen Orientierungsrahmen 1975–1985 vor, „die Investitionsentscheidungen der Unternehmen zum Zwecke der gesamtwirtschaftlich erwünschten Steuerung stärker als bisher“ zu lenken. Ein solches Planungsinstrument, mit dem beträchtliche Teile der SPD in den 1970er und 1980er Jahren sympathisierten, ist mit dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft nicht vereinbar.

Neuer Aufbruch 1978: Der Parteiparteitag von Ludwigshafen

Nach mehr als siebenjähriger Vorarbeit und Diskussion wurde das Grundsatzprogramm der CDU auf ihrem 26. Bundesparteitag in Ludwigshafen vom 23. bis 25. Oktober 1978 verabschiedet. Erstmals hatte damit die Partei eine umfassende politische Theorie auf der Basis der christlichen Anthropologie und Sozialethik sowie säkularer sozialphilosophischer Ideen entwickelt und die Grundsätze des christlichen Menschenbildes für alle Politikbereiche entfaltet. Das 152 Artikel umfassende Dokument, zu dem noch ein u. a. zur Deutschlandpolitik und ein Beschluß zum Thema Frau und Gesellschaft gehörten, war nach eingehenden Beratungen mit Wissenschaftlern, Vertretern der Partei und gesellschaftlicher Gruppen unter der Leitung von Richard von Weizsäcker (S. 25 ff.) erstellt worden. Es war in beträchtlichem Maße geprägt von der Grundwertediskussion der 1970er Jahre. Angeregt durch die Pluralisierung der Gesellschaft, den Veränderungswillen von Teilen der Jugend und die Erfahrungen der Wachstumsgrenzen formulierte es das Verständnis vom Menschen; es entfaltete die Grundwerte Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit als Maßstäbe und Orientierungsmarken politischen Handelns sowie die ethischen Grundlagen für das gesellschaftliche und staatliche Zusammenleben, die familien-, erziehungs-, bildungs-, kultur-, arbeits-, wohnungs- und umweltpolitischen Grundsätze der christlich-demokratischen Politik. In weiteren Kapiteln formulierte das Programm Leitideen für die Soziale Marktwirtschaft sowie die Staats- und Rechtsordnung. Das Schlußkapitel *Deutschland in der Welt* befaßt sich mit der Deutschland-, Europa-, Sicherheits-, Ost- und Entwicklungspolitik unter den leitenden Aspekten ethischer und völkerrechtlicher Grundnormen.

Im Eingangskapitel heißt es: „Unsere Hauptziele sind: Überwindung der Teilung Deutschlands, Einigung Euro-

**Freiheit
Solidarität
Gerechtigkeit**

**Grundsatzprogramm
der Christlich
Demokratischen Union
Deutschlands**



Ludwigshafener Grundsatzprogramm, 1978

pas, verantwortungsbewußte Mitarbeit im Atlantischen Bündnis und am Aufbau einer stabilen und menschenwürdigen internationalen Ordnung, die allen Menschen die Chance der Freiheit geben soll. In unserer Außen- und Deutschlandpolitik treten wir für die Verwirklichung der Menschenrechte in der ganzen Welt ein. Ein internationales Volksgruppenrecht soll das Recht auf die Heimat, eigene Sprache und Kultur gewährleisten. Menschenrechte und Grundfreiheiten müssen in aller Welt gegenüber dem Souveränitätsprinzip Vorrang haben. – Unser Bekenntnis zu den Menschenrechten verpflichtet uns, für politische und aus Glaubensgründen Gefangene und Verfolgte in der ganzen Welt einzutreten.“ Unter Betonung der Verwerfung von Androhung und Anwendung von Gewalt als Mittel der Politik heißt es im deutschlandpolitischen Abschnitt: „Freiheit und Einheit für das gesamte deutsche Volk zu eringen, ist Aufgabe der deutschen Politik. In Frieden wollen wir die Spaltung Europas und mit ihr die Teilung unseres Vaterlandes überwinden“ (P. Hintze, S. 123 ff.).

Das Grundsatzprogramm ist ein „Dokument der geistigen Erneuerung der CDU in der Opposition“ (H. Geißler, 1979, S. 7). Seine einstimmige Verabschiedung „bekam Symbolkraft für die Geschlossenheit, die Sachkompetenz und die geistig-moralische Führungskraft der CDU“ in den folgenden anderthalb Jahrzehnten. Insofern stellte es auch einen wichtigen Faktor der *Wende 1982* dar, der Ablösung der sozial-liberalen Koalition durch die christlich-liberale Koalitionsregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl (1982–1998). Das Programm bot der Politik der Bundesregierung wichtige Perspektiven. Mit seinen deutschland- und europapolitischen Aussagen stand es Pate bei der Verwirklichung der Deutschen Einheit 1989/90 und der Entwicklung der Europäischen Union im Zuge der Deutschen Einigung. In der Außen- und Sicherheitspolitik formulierte das Grundsatzprogramm die Bedeutung der atlantischen Gemeinschaft und des westlichen Bündnisses

und markierte damit vor allem in der Nachrüstungsdebatte der späten 1970er und der frühen 1980er Jahre die Gegenposition zu großen Teilen der Regierung Helmut Schmidt, der SPD, der Gewerkschaften, der Medien, der Kirchen und der Bewegung der Grünen, die 1980 erstmals in den Bundestag kamen.

Die Nachrüstungsdebatte war Anfang der 1980er Jahre das zentrale Thema der politischen Öffentlichkeit. Während die bis weit ins Regierungslager der sozial-liberalen Koalition hinein wirkende Friedensbewegung – ungeachtet des Einmarschs der Sowjetunion in Afghanistan, der Verhängung des Kriegsrechts durch die kommunistische Regierung in Polen und der sowjetischen Rüstungspolitik – ein Gleichziehen der Rüstungsanstrengungen des Westens mit dem Osten ablehnten, trat die CDU für den NATO-Doppelbeschluss ein, wonach nur im Falle des Verzichts der Sowjetunion auf Modernisierung seiner Waffensysteme auch das atlantische Bündnis auf Nachrüstung, d. h. die Stationierung atomarer Waffen in Westeuropa, werde verzichten können.

Es ist nach den Entwicklungen der 1980er Jahre in Osteuropa unübersehbar, daß die Entschiedenheit des Westens in dieser sicherheitspolitisch zentralen Frage mit einer der wichtigsten Faktoren der Implosion der Sowjetunion und der Staaten des Warschauer Pakts war – eine Entwicklung, die schließlich die Deutsche Einheit ermöglichte. Die Ablösung der sozial-liberalen Koalition 1982 war nicht zuletzt auch Folge der wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Probleme der SPD-FDP-Regierung.

Das Grundsatzprogramm der gesamtdeutschen CDU 1994

Der 38. Bundesparteitag am 1. Oktober 1990 in Hamburg war der letzte Bundesparteitag vor der Vereinigung der CDU. Auf dem unmittelbar anschließenden 1. Parteitag

der CDU Deutschlands traten die fünf ostdeutschen Landesverbände und der Ost-Berliner Verband der CDU Deutschlands bei. Die inneren und äußeren Bedingungen der Politik hatten sich in den 1980er und den 1990er Jahren rasant verändert. Nicht zuletzt die Determinanten der Politik in Deutschland hatten ein neues Aussehen bekommen. Die Hypothek der sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft, die Überwindung der Ost-West-Konfrontation, die deutsche Einheit, die fortschreitende europäische Integration, die Säkularisierung und die Entkirchlichung in den alten und neuen Ländern, die Probleme der internationalen Friedenssicherung angesichts regionaler Konflikte sowie der immer stärker zutage tretende Nord-Süd-Gegensatz führten zu einem veränderten Lebensgefühl, auf das sich die Programmatik der CDU einzustellen hatte. Es mußten neue Antworten gefunden werden auf den individuellen und gesellschaftlichen Wertewandel, auf neue Aufgaben und Probleme der Familien, auf die Pluralisierung der Lebensstile, auf neue soziale Fragen, auf den Strukturwandel in der Wirtschaft und im Arbeitsleben (u. a. Globalisierung der Märkte und zunehmende internationale Arbeitsteilung) u. a. m. Der Erste Bundesparteitag der gesamtdeutschen CDU beschloß daher am 1./2. Oktober 1990, ein neues Grundsatzprogramm auszuarbeiten.

Der neuen Grundsatzprogramm-Kommission unter dem Vorsitz von Reinhard Göhner (1993, S. 7 ff.) und der Stellvertreterin Maria Böhmer war mit auf den Weg gegeben, das Ludwigshafener Grundsatzprogramm von 1978 fortzuschreiben, das „in seinen Grundsätzen eine auch heute unverändert gültige Standortbestimmung christlich-demokratischer Politik“ darstellt und auch für die wiedervereinte CDU prägend sein sollte. Aufgrund der inhaltlichen und sprachlich-begrifflichen Leistungen des Ludwigshafener Programms lag es nahe, dessen Grundsatzteile weitgehend zu belassen und nur soweit zu ändern, wie es unbedingt erforderlich war. So wurden in den Abschnitten über

die Volkspartei, Politik aus christlicher Verantwortung, das Verständnis vom Menschen und die Grundwerte große Passagen aus dem Programm von 1978 ins neue Grundsatzprogramm weitgehend wörtlich übernommen. Zugleich war das neue Programm ein Dokument der politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und internationalen Herausforderungen der späten 1980er und der 1990er Jahre.

So heißt es: „Mit dem Scheitern des Sozialismus, dem Ende des alten Ost-West-Konfliktes und der Wiedervereinigung Deutschlands sind wir in eine neue Epoche der Geschichte eingetreten. Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert steht vor grundlegend veränderten Bedingungen. Wir Christliche Demokraten stellen uns den Herausforderungen dieser Umbruchzeit. Mit der Fortschreibung unseres Grundatzprogramms für das vereinte Deutschland nehmen wir auf der Grundlage bewährter Prinzipien eine Neubestimmung unserer Politik für Deutschland, Europa und die Welt vor. Die CDU ist die Partei der deutschen Einheit. Wir haben an der staatlichen Einheit Deutschlands in Freiheit stets festgehalten und in einer historisch einmaligen Situation dieses Ziel mit Einverständnis unserer Nachbarn und Partner verwirklicht. Der Wille der Menschen in Ostdeutschland zur Freiheit und Einheit ist in der friedlichen Revolution zum Durchbruch gekommen. Mit der Einheit ist eine Vision Wirklichkeit geworden: die Freiheit für alle Bürger in Deutschland.

Die Einheit Deutschlands in Freiheit ist Teil der neuen Freiheit und des Zusammenwachsens unseres ganzen Kontinents. Die europäische Einigung fortzuentwickeln, die Freiheit in ganz Europa dauerhaft zu sichern und die jungen Demokratien zu stärken ist Aufgabe und Chance für unsere gemeinsame europäische Zukunft. Deutschland in der Mitte Europas ist dabei besonders gefordert. Die Globalität der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklungen verbindet die Menschen in einer

neuen Dimension über Grenzen und Kontinente hinweg. Deutschland muß sich seiner gewachsenen Verantwortung in der internationalen Politik stellen und seinen Teil zur friedlichen Bewältigung von internationalen Konflikten und zur Bewahrung der Schöpfung beitragen. Angesichts der weltweiten Verflechtungen und veränderten Bedingungen ist auch unsere wirtschaftliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit, die Zukunft von Arbeit und sozialer Sicherheit vor neue Herausforderungen gestellt. Die innere Einheit weiter zu verwirklichen ist die wichtigste Aufgabe in unserem vereinten Land“ (P. Hintze, S. 367 ff.).

Schluß

Die programmatische Entwicklung zeigt, daß die CDU es in ihrer 60jährigen Geschichte verstand, neue Probleme aufzugreifen und sich von anthropologischen und sozial-ethischen Grundsätzen her auf veränderte Konstellationen einzustellen. Insofern erwies und erweist sie sich – wie es ein Wahlplakat aus dem Jahr 1946 darstellt – als „Brücke in die neue Zeit“.

Lit.: ADENAUER, Konrad: Reden 1917–1967. Eine Auswahl. Hg. von Hans-Peter SCHWARZ. Stuttgart 1975; ALTMANN, Rüdiger: Das Erbe Adenauers. Eine Bilanz. München 1963; BECKER, Winfried u. a. (Hg.), Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland. Paderborn 2002; BIEDENKOPF, Kurt: Die Politik der Unionsparteien. Die freiheitliche Alternative zum Sozialismus Bonn 1973; DERS.: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Die Grundlagen christlich-demokratischer Politik, in: Demokratische Gesellschaft. Konsensus und Konflikt. München 1975; BUCHHAAS, Dorothee: Die Volkspartei. Programmatische Entwicklung der CDU 1950–1973 (1981); BUCHSTAB, Günter/UERTZ, Rudolf (Hg.), Christliche Demokratie im zusammenwachsenden Europa. Entwicklungen, Programmatik, Perspektiven. Freiburg i.Br. 2004; CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.), Die CDU und das „C“. Materialien 3. Bonn 1993; DETTLING, Warnfried: Der kritische Rationalismus und die Programmatik der

CDU, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Zur Programmatik der CDU. Bonn 1974; DERS.: Die Neue Soziale Frage und die Zukunft der Demokratie. Bonn 1976; ELLWEIN, Thomas: Klerikalismus in der deutschen Politik. München 1955; GEISSLER, Heiner: Die Neue Soziale Frage. Analysen und Dokumente. Freiburg i.Br. 1976; GEISSLER, Heiner (Hg.): Grundwerte in der Politik. Analysen und Beiträge zum Grundsatzprogramm der CDU. Frankfurt a.M. 1979; GÖHNER, Reinhard (Hg.): Politik für die Zukunft. Die CDU an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. München 1993; GÖHNER, Reinhard u. a. (Hg.): Freiheit und Verantwortung. Das CDU-Grundsatzprogramm kontrovers diskutiert. München 1993; GORSCHENEK, Günter (Hg.): Grundwerte in Staat und Gesellschaft. 3. Aufl. München 1978; GOTTO, Klaus: Das Ahlener Programm und die Düsseldorfer Leitsätze. In: Christliche Demokratie in Deutschland (Handbücher der Politischen Akademie Eichholz 7). Melle 1978; HINTZE, Peter (Hg.): Die CDU-Parteiprogramme. Eine Dokumentation der Ziele und Aufgaben. Bonn 1995; KLEINMANN, Hans-Otto: Geschichte der CDU 1945–1982. Stuttgart 1993; MÜLLER-ARMACK, Alfred: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Bern 1976; PÜTZ, Helmut (Bearb.): Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946–1949. Bonn 1976; SCHÖNBOHM, Wulf (Bearb.): Die Geschichte der CDU. Programm und Politik der CDU seit 1945. Bonn 1985; SCHULZ, Günther: Die CDU, in: Parteien in der Bundesrepublik. Stuttgart 1955; UERTZ, Rudolf: Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945–1949. Stuttgart 1981; WEIZÄCKER, Richard von (Hg.): CDU-Grundsatzdiskussion. Beiträge aus Wissenschaft und Politik. München 1977.